

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Stefan Förster (FDP)

vom 12. Juli 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 12. Juli 2021)

zum Thema:

Grundwasserschäden unter Friedrichshagen?

und **Antwort** vom 28. Juli 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 29. Juli 2021)

Senatsverwaltung für
Umwelt, Verkehr und Klimaschutz

Herrn Abgeordneten Stefan Förster (FDP)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/28152
vom 12. Juli 2021
über Grundwasserschäden unter Friedrichshagen?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Gab es vor rund 25 Jahren Messbrunnen, mit denen in Friedrichshagen – unter anderem Scharnweberstraße 35 – eine von einer früheren chemischen Reinigung am Fürstenwalder Damm ausgehende Beeinträchtigung des Grundwassers beobachtet wurde?

Antwort zu 1:

In dem o.g. Bereich ist dem Senat eine chemische Reinigung bekannt, die auf einem Grundstück in der Bölschestraße betrieben wurde. Hier wurden Boden- und Grundwasserverunreinigungen durch leichtflüchtige chlorierte Kohlenwasserstoffe (LCKW) in den 1990er Jahren nachgewiesen.

Darüber hinaus befinden sich im Bereich der Scharnweberstraße/Bruno-Wille-Straße und dem Wasserwerk Friedrichshagen Gütewassermessstellen der Berliner Wasserbetriebe und des Senates, durch welche die Grundwasserbeschaffenheit im Untersuchungsgebiet Friedrichshagen seit dem Jahre 2004 überwacht wird. Mittels eines Grundwasserströmungsmodells wurde ein möglicher Zusammenhang zwischen der o.g. chemischen Reinigung und den Verunreinigungen im Bereich der Scharnweberstraße allerdings nicht zweifelsfrei nachgewiesen.

Frage 2:

Mit wie vielen Messbrunnen wurde der Grundwasserschaden beobachtet und was ist dabei herausgekommen?

Antwort zu 2:

Der Grundwasserschaden wird im o.g. Untersuchungsgebiet derzeit durch insgesamt sieben Messstellen und Messstellengruppen überwacht. Dabei wurden im Bereich der Bruno-Wille-Straße abnehmende Schadstoffgehalte (max. 140 µg/l LCKW im Jahr 2019) und nicht nachweisbare Konzentrationen festgestellt.

Frage 3:

Stimmt es, dass es zeitweise Befürchtungen gab, der Brunnen der Berliner Bürgerbräu im Bereich Müggelseedamm/Josef-Nawrocki-Straße könnte durch den Umweltschaden beeinträchtigt werden?

Antwort zu 3:

Dies ist zutreffend, da mittels des Grundwasserströmungsmodells ausgehend von der ehemaligen chemischen Reinigung eine südliche Grundwasserfließrichtung in Richtung der Brunnen der Berliner Bürgerbräu nachgewiesen wurde. Eigenwasserüberwachungen haben in Zuständigkeit des bezirklichen Gesundheitsamtes stattgefunden.

Frage 4:

Wurde der von der chemischen Reinigung ausgehende Grundwasserschaden inzwischen saniert, und was haben Monitoring und Sanierung gegebenenfalls gekostet?

Antwort zu 4:

Auf dem Grundstück der ehemaligen chemischen Reinigung wurde im Zeitraum von 2005 bis 2008 eine Grundwassersanierung durchgeführt. Zusätzliche Maßnahmen zur Beobachtung der Restschadstoffgehalte wurden gegenüber der Grundstückseigentümerin angeordnet. Die Kosten der Sanierung und die grundstücksbezogenen Untersuchungen wurden/werden vollständig von der Grundstückseigentümerin getragen. Eine Kostenaussage kann der Senat daher nicht tätigen.

Frage 5:

Gab es oder gibt es eine Gefährdung der Wasserqualität des nahen Wasserwerks Müggelsee am Rand von Friedrichshagen?

Antwort zu 5:

Eine Gefährdung der Trinkwasserversorgung Berlins im Bereich des Wasserwerkes Friedrichshagen war gegeben, wobei die Schadensursache nicht eindeutig zu bestimmen ist (s. Antwort zu Frage 1). Zur Gefahrenabwehr sind daher ab Ende 2014 durch die für den Boden- und Grundwasserschutz zuständige Senatsverwaltung in Zusammenarbeit mit den Berliner Wasserbetrieben Sicherungsmaßnahmen auf dem Grundstück des Wasserwerks Friedrichshagen durchgeführt worden. Da sich die Schadstoffgehalte in der betroffenen Brunnengalerie wesentlich verringert haben, wurden die aktiven Sicherungsmaßnahmen in

Abstimmung mit den Berliner Wasserbetrieben Ende des Jahres 2020 beendet. Das Grundwassermonitoring wird weitergeführt.

Berlin, den 28.07.2021

In Vertretung
Stefan Tidow
Senatsverwaltung für
Umwelt, Verkehr und Klimaschutz